

Krieg

Wer will Ukrainern vorschreiben, dass sie sterben sollen?

15. Oktober 2024, 15:31 Uhr | Lesezeit: 3 Min.

Manche meinen, Männer aus Kiew oder Odessa im wehrfähigen Alter hätten in Deutschland nichts zu suchen. Man solle sie zurückschicken. Wie gehässig, wie hartherzig.

Kommentar von Ronen Steinke

Mitten im Ersten Weltkrieg, 1916, schrieb die britische Schriftstellerin Winifred Mary Letts ihr Gedicht „Deserter“, zu Deutsch: Fahnenflüchtiger. Darin läuft ein namenloser, völlig verängstigter Soldat vor deutschen Gewehren davon. „Who can judge him, you or I?“ Wer kann ihn schon dafür verurteilen?

Tja, wer? – Die [Ukraine](#), die nicht erst seit zweieinhalb Jahren Putins mörderische Invasoren im Land hat, quält sich zunehmend mit dieser Frage. Die Verteidigung des Landes ist zermürbend, immer mehr Ukrainerinnen und Ukrainer sehen sich am Ende ihrer Kräfte. Sie geben dies in Umfragen auch immer öfter offen zu. 44 Prozent sagen, es sei an der Zeit, mit Russland über einen Kompromiss zu verhandeln, also über eine Teilkapitulation, das ist das Ergebnis einer Umfrage, die auf dem ukrainischen Nachrichtenportal ZN veröffentlicht wurde. Das sind doppelt so viele wie noch vor einem Jahr.

Ein außergewöhnlich hohes Maß an Fahnenflucht

So niedrig ist die Kampfmoral, so groß sind die Zweifel. Erst vor wenigen Wochen outete sich sehr öffentlichkeitswirksam ein 24-Jähriger überraschend bei einer Podiumsdiskussion in Kiew: Ich desertiere – und stehe dazu, „mir ist klar, dass ich verhaftet werden könnte“. Schätzungen zufolge sind schon bis zu zehn Prozent aller auf dem Papier aktiven ukrainischen Soldaten ohne Erlaubnis abwesend, haben sich also verdrückt, das ist ein Maß an Fahnenflucht, für das es historisch kaum Beispiele gibt.

Und in dieser Situation kommt nun zunehmend die Bundesrepublik in die Diskussion, als ein Land, das vielen, sehr vielen Ukrainern im wehrfähigen Alter Zuflucht gegeben hat. Sollen sie doch nach Hause gehen, die Drückeberger: So tönte etwa der Vorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, der unlängst forderte, diese Männer „sollten in Deutschland gar keinen Schutzanspruch haben, sondern ihr Land verteidigen“. Immerhin, etwa 200 000 sind hier, das ist eine Mannstärke größer als die gesamte Bundeswehr. Man sollte sie zurückschicken, wenn die Regierung in Kiew dies wünscht, sagt CSU-Chef Markus Söder.

Das Grundrecht auf Verweigerung wurde in Deutschland lange bspöttelt

Aber ist das den Kriegsdienstverweigerern gegenüber gerecht? Ein Anrecht auf zitternde Knie hat die Bundesrepublik in ihrer 75-jährigen Geschichte nie anerkannt, nie anerkennen wollen. Nicht für die eigenen Bürger, erst recht nicht für Fremde. Stattdessen hat sie bis in die 1990er-Jahre hinein jeden Anflug von Scheu vor feindlichen Kugeln als Feigheit geschmäht, jahrzehntelang mussten sich Wehrpflichtige im Zweifel einer peinlichen Befragung vor einem Gremium unterziehen. Ob denn ihr Unwille, sich zum Kampf bis aufs Blut ausbilden zu lassen, wirklich „hohen“, moralischen oder religiösen Erwägungen entspringe – oder bloß „niederem“ Überlebenstrieb?

Im Grundgesetz steht: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“, Artikel 4, Absatz 3. In der Praxis aber saß in Westdeutschland lange vor allem eine alte Garde in den Kreiswehrrersatzämtern, die mit einem solchen Satz wenig anzufangen wusste. Das Grundrecht auf Verweigerung wurde in der Bundesrepublik bspöttelt und verachtet – bis hinauf sogar zum Bundesverfassungsgericht, das hinter altruistischen Motiven, welche die Verweigerer vortrugen, oft schlecht verschleierten Egoismus vermutete.

Manche machen es sich aus großer geografischer Entfernung leicht

Wer beispielsweise bloß die Nato und die Grundrichtung der deutschen Verteidigungspolitik falsch finde, der müsse trotzdem zum Bund, urteilten die Richterinnen und Richter in Karlsruhe im Jahr 1978 kühl. Viele Deutsche hatten noch ein Schmähbild vom Feigling im Kopf, selbst noch kurz nach der Jahrtausendwende, als schon erstmals ein „Ungedienter“ als Verteidigungsminister amtierte, Peter Struck von der SPD. Noch 2009 debattierte der Bundestag sogar, ob denn die Männer, die einst aus Hitlers Wehrmacht desertiert waren, überhaupt eine posthume Rehabilitierung verdienen würden. Grotesk.

Aber aus großer geografischer Entfernung zu urteilen, wie es manche in der deutschen Politik

über das Sterben wehrpflichtiger Ukrainer tun wollen – das ist dann noch zweifelhafter als die Unerbittlichkeit gegenüber den eigenen Leuten, die hierzulande in den 2010er-Jahren zum Glück mit dem Wechsel hin zur Berufsarmee überwunden worden ist.

Am Ende von Winifred Mary Letts' Gedicht liegt der namenlose englische Soldat im Grab. Der Fahnenflüchtige ist exekutiert worden. Getötet durch eine englische Kugel, eine Kugel seiner eigenen, vormaligen Kameraden. Die Mutter des Soldaten, Ironie der Geschichte, erfährt nicht, dass dies die Todesursache ist. Sie glaubt, ihr Sohn sei als Held im Kampf gefallen. Sie ahnt nicht, dass er als Deserteur im Grab liegt. Als jemand also, über den umso gehässiger und hartherziger geurteilt wird, je schlechter sich ein Krieg entwickelt.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen für 0,99 € zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/lux.GVHmahCwKNZ3UYthoFDkR

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.